

DIE LINKE.Halle

Leitergasse 4, 06108 Halle (Saale)

Telefon 0345 / 20 25 59 0

Telefax 0345 / 20 25 58 4

info@dielinke-halle.de

www.dielinke-halle.de

Saalesparkasse

IBAN: DE44 8005 3762 0382 3225 18

BIC: NOLADE21HAL

DIE LINKE.Halle • Leitergasse 4 • 06108 Halle/ Saale

Fairtrade-Town Arbeitsgruppe Halle

Halle (Saale), 05.05.2021

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl Sachsen-Anhalt

Sehr gern möchte ich Ihnen Ihre Fragen zur Landtagswahl beantworten.

1. Welche Kriterien sind für Sie persönlich beim Kleidungskauf wichtig?

Ich kaufe überwiegend funktional und Kleidungsstücke, die ich längere Zeit tragen kann, so dass ich weniger oft einkaufen muss. Wo es geht, meist bei Einzelstücken kaufe ich fairtrade bzw. ökologische Herstellung.

2. Wie werden Sie als gewählte(r) Abgeordnete(r) in der Regierung oder in der Opposition in der kommenden Wahlperiode dafür sorgen, dass das Thema "Nachhaltige Beschaffung" für alle relevanten Produktgruppen- sowohl im Hinblick auf **soziale** als auch ökologische Aspekte im Land Sachsen-Anhalt weiter vorangebracht und ein Muss-Kriterium wird?

Das will ich auf verschiedenen Ebenen als Ziel verfolgen. Zum Beispiel brauchen wir eine Überarbeitung des Vergabegesetzes, mit einer richtigen Offenlegungspflicht, der Forderung existenzsichernde Löhne durchzusetzen und nicht nur menschenrechtliche Mindeststandards und vor allem mehr Kontrollen zur Durchsetzung der ILO-Kernarbeitsnormen, die zwar im aktuellen Vergabegesetz durch Soll-Bestimmung geregelt ist, aber ein zahnlöser Tiger ist.

Daneben bedarf es einer Stärkung von entwicklungspolitischem Engagement (inklusive Personalfinanzierung), einer Ausweitung des Globalen Lernens an Schulen (Bildungsarbeit für nachhaltige Entwicklung) uvm.

3. Was werden Sie in der kommenden Legislaturperiode als gewählte(r) Abgeordnete(r) in der Regierung oder Opposition konkret dafür tun, dass auch direkt in den Ministerien und weiteren Landesinstitutionen für alle relevanten Produktgruppen nachhaltig beschafft wird?

Die Fragen 2 und 3 überschneiden sich etwas, aber hier ist mir wichtig, dass die Wirtschaftsförderung an Tariflöhne, gute Arbeit und Mitbestimmung im Betrieb gekoppelt wird. Gleichzeitig will ich Subventionen so einsetzen, dass Unternehmen nachhaltiger und ökologischer wirtschaften. Es braucht

einen Nachhaltigkeitsbeirat berufen, der mit einem Sozial- und Klimacheck die Auswirkungen politischer Entscheidungen und staatlichen Handelns prüft.

4. Zwar muss jedes Unternehmen, das an die Verwaltung liefert, ab einem Auftragswert von 25.000 € (bzw. 50.000 bei Bauleistungen) schriftlich bestätigen, dass grundlegende internationale Arbeitsrechte (ILO-Kernarbeitsnormen) **in der gesamten Lieferkette** eingehalten wurden, allerdings sind diese **Eigenerklärungen (Bietererklärungen) nicht überprüfbar und damit faktisch wertlos** und tragen nicht zu einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen bei. Wie werden Sie in der kommenden Legislaturperiode dafür Sorge tragen, dass hierbei künftig **mit überprüfbaren Kriterien**, nämlich **Nachhaltigkeitssiegeln**, gearbeitet wird?

(Nachhaltigkeitssiegel für zahlreiche Produktgruppen mit zahlreichen, gut aufbereiteten Informationen finden sich hier: <https://www.kompass-nachhaltigkeit.de/>)

Als LINKE haben wir schon in dieser Legislatur einen Antrag zur Überarbeitung und Fortschreibung der entwicklungspolitischen Leitlinien (EPL) Sachsen-Anhalt von 2000 eingebracht (mit den 17 Nachhaltigkeitszielen (SDG) steht der verantwortungsvolle und gleichberechtigte Umgang der Länder des Globalen Nordens und des Globalen Südens stärker im Fokus). Kritisch muss man anmerken, dass dieses Problem allein auf Landesebene zu lösen, schwer wird, aber z.B. der Nachhaltigkeitsbeirat kann dafür eine richtige Idee sein. Das Lieferkettengesetz auf Bundesebene ist ein wichtiger Baustein für die Beschaffung. Wir wollen es als LINKE aber grundlegend überarbeiten und verschärfen, weil es bei weitem nicht ausreichend ist. Beispielsweise werden reine Umweltschäden, die sich möglicherweise erst nach Jahren auf die Menschen vor Ort auswirken, nicht erfasst. Auch eine menschenrechtliche Sorgfalt nach wie vor nicht im Gesetz festgeschrieben; gegen schwere Menschenrechtsverletzungen kann nicht geklagt werden. Spannend wird dabei die Entwicklung auf EU-Ebene zu beobachten sein, sollte wirklich ein weitreichendes EU-weites Lieferkettengesetz angestrebt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Dirk Gernhardt, DIE LINKE, Direktkandidat im Wahlkreis 36 (Halle II)